Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 218 | Dresden, Sonnabend den 18. September 1926 | 37. Jahrg.

Schließt die Reihen!

Am morgigen Sonntag tagt hier in Dresden der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei für Ostsachsen. Seine Aufgabe wird es sein, zu zeigen, daß die ostsächsische Sozialdemokratie in geschlossener Front zum Wahlkampf bereitsteht. Der bevorstehende Wahlkampf wird, wenn nicht alles täuscht, einer der schwersten und heftigsten sein, den die Sozialdemokratie jemals in Sachsen geführt hat. Schon seit langem sind in den bürgerlichen Parteien die Rüstungen im Gange. Welche Furcht man vor einem Siege der Sozialdemokratie hat, zeigen die krampfhaften Bemühungen des Verbandes Sächsischer Industrieller und des Bürgerrats, sämtliche bürgerlichen Parteien zu einer Einheitsfront zusammenzumischen; ein Versuch, der ja bisher einem Siege der Sozialdemokratie. Trotz der schönen Parole: Wie lieber Sowjet-Sachsen! scheint man nicht recht daran zu glauben, daß ein bürgerlicher Sieg bei dem bevorstehenden Wahlkampf errungen werden könnte. Nur so ist es auch zu erklären, daß die alte Kateridee, die Wahlperiode des gegenwärtigen Landtages durch eine Verfassungsänderung zu verlängern, wieder in den Köpfen spukt. Schon vor einigen Monaten ist mit diesem Gedanken gespielt worden. Damals wurde mit Recht oder Unrecht behauptet, daß Herr Blüher der Vater dieser Idee sei.

Jetzt meldet die demokratische Neue Leipziger Zeitung, daß man von neuem mit diesem Gedanken spielt, wobei allerdings bemerkt wird, daß bis zum Stadium ernsthafter Beratungen ernstzunehmender Politiker diese Erwägungen noch nie vorgedrungen seien. Der Anstoß komme diesmal nicht von politischen, sondern von gewissen Wirtschaftskreisen, die sich mit der ernsten Absicht trügen, an den Landtag mit einem Antrag oder einer Petition auf Verlängerung seines Mandats, heranzutreten.

Die Neue Leipziger Zeitung wendet sich sehr entschieden gegen dieses Projekt, das politisch unmöglich und praktisch undurchführbar sei. Es liege im Sinne des parlamentarischen Systems, daß von Zeit zu Zeit durch Neuwahlen nachgeprüft werde, ob das herrschende Regime sich noch in Uebereinstimmung mit dem Willen der Wählerschaft befindet. Dabei gibt die Neue Leipziger Zeitung der bei den gegenwärtigen Verhältnissen freilich merkwürdigen Anschauung Ausdruck, daß gerade das gegenwärtige Regime mit aller Ruhe und Zuversicht dieser Probe entgegensehen dürfe. Die Veränderungen bei den Wahlen würden keineswegs so bedeutend sein, daß dadurch die Möglichkeit einer künftigen Koalition der Mitte, wie sie für Sachsen gegeben sei, verbaut werde.

Hier scheint dem Verfasser des fraglichen Artikels ein erheblicher Rechenfehler unterlaufen zu sein. Wenn er richtig gerechnet hätte, müßte er sich doch sagen, daß für das gegenwärtige Regime im nächsten Landtag unter keinen Umständen eine Mehrheit vorhanden sein kann, selbst wenn die Dreiundzwanzig so gut abschneiden würden, wie das vielleicht manche von ihnen sich jetzt einbilden mögen. Zu der Neuen Leipziger Zeitung wird dann weiter ausgeführt, daß das Projekt, die Wahlperiode zu verlängern, deswegen auch praktisch undurchführbar sei, weil im gegenwärtigen Landtag dafür keine Mehrheit und erst recht nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit zu finden sein würde. Es ist auch unsre Meinung, daß es sich hier um eine Spielerei handelt, die von keiner praktischen Bedeutung ist.

Aber daß gerade die sogenannten Wirtschaftskreise so ein lebhaftes Bedürfnis nach Verlängerung der Wahlperiode des gegenwärtigen Landtags tragen, das ist doch bezeichnend genug. Sie sind offenbar sehr zufrieden mit der Politik, die die Mehrheit des jetzigen Landtags betrieben hat. Warum auch nicht? Mit Hilfe der Dreiundzwanzig haben die bürgerlichen Parteien ihnen Steuergeschenke gemacht, man hat eine fortschrittliche Gemeindeordnung abgebaut, und immer mehr hat sich gezeigt, daß die Dreiundzwanzig dienstwillig bereit sind, die Wünsche der Unternehmertums zu erfüllen. Man hat schon längst gesehen, daß diese Dreiundzwanzig keinen Kampf mehr für proletarische Interessen führen, und man erwartet mit gutem Recht, daß sie immer mehr auf der Bahn abgleiten werden, auf der sie sich befinden, daß sie dem Unternehmertum noch bessere Dienste leisten würden als bisher. Deswegen die Sehnsucht nach Erhaltung des bisherigen Landtags.

Für die wenigen Proletarier aber, die sich heute noch in der Gefolgschaft der Dreiundzwanzig befinden, müßte es sehr zu denken geben, daß man gerade in den Unternehmerkreisen den gegenwärtigen Landtag so liebt. Wenn sie bisher die nötige Klarheit noch nicht gewonnen hatten, so müßte es ihnen jetzt klar werden, daß die Dreiundzwanzig längst nicht mehr Vertreter der proletarischen Interessen sind, sondern Gegner des Proletariats ebenso wie die bürgerlichen Parteien.

Es ist schlimm genug, daß wir diesen Wahlkampf nicht nur gegen die bürgerlichen Parteien auf der rechten und die Kommunisten auf der linken Seite zu führen haben werden, sondern auch gegen die Partei der Parteispalter, der Böbke, Buck und Kompanie. Das sächsische Proletariat darf sich dadurch in seinem Kampfesmut nicht beeinträchtigen lassen. Es gilt im Gegenteil mit um so größerem Eifer für den Wahlkampf zu rüsten. Dieser Aufgabe wird auch der morgige Parteitag der ostsächsischen Sozialdemokratie dienen. Wir sind der besten Hoffnung, daß er gute Arbeit leisten wird.

Kriegsschuldfrage und „Kriegsschuldfrage"

Von Hermann Wendel

Vor einigen Wochen setzte es einen kleinen diplomatischen Zwischenfall zwischen Berlin und Belgrad, der, wenn auch rasch beigelegt, in Südslawien die öffentliche Aufmerksamkeit erheblich mehr wachrief als in Deutschland. Den Anlaß lieferte ein Artikel der Monatsschrift „Die Kriegsschuldfrage" aus der Feder ihres Herausgebers Alfred von Wegerer, der den König von Südslawien, 1914 noch Thronfolger von Serbien, der Mitwisserschaft oder Mitschuld an dem Attentat von Sarajewo zieh; in der Deutschen Allgemeinen Zeitung wurde der gleiche Vorwurf wiederholt und mit beidem der Unmut der Belgrader Regierung und Presse erregt. Die „Kriegsschuldfrage", heute im vierten Jahrgang stehend, ist das Organ desselben „Arbeitsausschusses deutscher Verbände", der vor kurzem in Berlin den amerikanischen Professor Barnes als Sachverständigen für die Ursachen Deutschlands im Juli und August 1914 vorführte. Gut, daß so wieder einmal der scharfe Lichtkegel der Aktualität auf jene Zeitschrift und ihre Hintermänner fiel, denn seit Jahr und Tag entfalten sie eine Tätigkeit, die ebenso emsig wie politisch bedenklich ist.

Arbeitsausschuß und „Kriegsschuldfrage" denken nämlich nicht im Traum daran, etwa die Unschuld des deutschen Volkes am Kriegsausbruch nachzuweisen, das, lediglich Kanonenfutter, ins Raten und Taten der Wilhelmstraße nicht hineinreden durfte und überdies den Verantwortlichen an der Spitze schon sechs Monate zuvor, im Zusammenhang mit Jaudern, durch Reichstagsbeschluß sein Vertrauen entzogen hatte. Auch beschränkt sich jene Propaganda keineswegs auf die jedem Vorurteilslosen einleuchtende Darlegung, daß die imperialistische Politik aller Großstaaten Europa längst in eine Pulverkammer verwandelt hatte und daß bei der Entfachung des Brandes die Gewalthaber hüben wie drüben ein gerüttelt Maß von Schuld trifft. Nein, die „Kriegsschuldfrage" klammert sich, allem zum Trotz, was seit 1918 ans Tageslicht gekommen ist, an die offizielle Legende von August 1914: das Lamm Deutschland von gierigen Wölfen heimtückisch überfallen! Ihre verblüffende These lautet nicht etwa: Deutschland ist nicht allein für die Weltkatastrophe verantwortlich, sondern: Deutschland ist vollständig, ganz und gar, zu hundert Prozent unschuldig! Der größenwahnsinnige Hohenzoller, der in flegelhaften Randnoten in den Akten zur Forschheit anstachelte und gleichmütig das Risiko eines Weltbrandes in Kauf nahm, die Generale, die die Mobilmachung nicht erwarten konnten und auf eigene Faust Katastrophenpolitik trieben — sie alle sind für die „Kriegsschuldfrage" weißgewaschene Unschuldsengel, und als weißgewaschener Unschuldsengel steht auch Graf Berchtold mit seiner Verbrecherbande da, die um jeden, auch um den höchsten Preis ihre „militärische Strafexpedition" gegen Serbien verlangte und mit der grausigen Zielsicherheit eines Wahnsinnigen die Lunte zur Pulverkammer aufreckte.

Tut zu diesem gierreichen Ende die „Kriegsschuldfrage" der geschichtlichen Wahrheit auf Schritt und Tritt brutale Gewalt an, so ächzt ihr Herausgeber von Wegerer Jahr und Tag über den Versuch, der serbischen Regierung die Verantwortung für das Attentat von Sarajewo zuzuschieben; gelingt es, den infamen Mißbrauch des Ballplatzes vom 23. Juli 1914 zu rechtfertigen, so findet sich alles übrige leicht von selber. Allerdings marschiert für Wegener dabei eine mehr als fragwürdige Falstaffgarde von Schwurzeugen auf. Da ist Leopold Mandl, ehedem Offiziosus des Ballplatzes und als gewöhnlicher Fälscher entlarvt, der in eine Rede Paschitschs ein frei erfundenes Bekenntnis zur Angreiferrolle Serbiens hineinstamotierte, da Dr. Milosch Vogitschewitsch, vor dem Weltkriege serbischer Geschäftsträger in Berlin, der schon 1915 ins Lager der Mittelmächte hinübersegelte und seitdem sein Lebensziel in einer moralischen Belastung seines früheren Vaterlandes sieht, da Miß Edith Durham, eine englische Hysterika, die unbesehen jeden Albanier für einen Edelmann und jeden Slowen für einen Schubjack hält und aus dieser zum mindesten originellen Perspektive die ganze Weltgeschichte betrachtet, da nicht zuletzt Nikola Renadowitsch, der in Wahrheit ein Herr Niemand ist und in dem Blatt des bolschewistischen Balkankomitees in Wien, La Federation Balkanique, Erfindung an Erfindung reiht. Alle diese entweder nicht ernstzunehmenden oder mit größter Vorsicht zu behandelnden „Sachverständigen" lädt die „Kriegsschuldfrage" gastfreundlich zu Tisch, während sie auch das einwandfreieste Zeugnis links liegen läßt, wenn es nicht in ihren Krom paßt.

Ein Musterbeispiel ist der Artikel im Juliheft, dessentwegen sich Belgrad regte. Um den Verdacht zu erhärten, daß der damalige serbische Thronfolger vorher von dem Mordplan gewußt habe, macht Wegener ihn zum Mitglied des Offiziersbundes „Einigung oder Tod", vom Volksmund „Schwarze Hand" genannt; Quelle: ein serbischer Deserteur, Major Lazarewitsch, der im Weltkrieg den Bulgaren diente und 1917 in der Schweiz ein Pamphlet „Die schwarze Hand" herausgab; darin setzt er an die Spitze der Mitgliederliste des Bundes 1. Kronprinz Alexander, 2. Ministerpräsident Nikola Paschitsch, 3. Minister des Innern Stojan Protitsch, was, da „Schwarze Hand" und Radikale erbittert um die Staatsmacht miteinander rangen, ebenso geistvoll ist wie die Einreihung Rathenaus, Wirths

Kein Eintopfgericht in Thüringen

M. Weimar, 17. September. (Eig. Drahtb.) Wie der Sozialdienst vor einigen Tagen zu melden wußte, sind die nationalistischen Verbände der Stadt Gotha mit dem Verlangen an die sämtlichen bürgerlichen Parteien Thüringens herangetreten, den kommenden Wahlkampf gemeinsam gegen die Sozialdemokratie zu führen. Während diese Bemühungen aber auf keinen Erfolg rechnen durften, haben auf Veranlassung des Mittelstandsbundes Handwerksbundes und des Thüringischen Einzelhandelsverbandes Verhandlungen mit Deutschnationalen, Volkspartei, Landbund und Demokraten wegen einer gemeinsamen Liste gegen die Sozialdemokratie stattgefunden. Der Ausgang der Verhandlungen ist nunmehr bekannt geworden. Ein politisches Eintopfgericht konnte nicht gekocht werden. Der Landbund hat es abgelehnt, sich diesmal an gemeinsamen bürgerlichen Listen zu beteiligen. Diese Vereinigung, die in Thüringen nicht nur die wirtschaftlichen Interessen der Großagrarier vertritt, sondern auch im Gegensatz zu anderen Landesteilen Deutschlands eine rein politische Partei ist, glaubt sich, allein auf das Land gestützt, zu größerem Einfluß im Parlament berechtigt. Die Demokraten haben aus weltpolitischen Gründen eine Absage erteilt. Dagegen haben die Volksparteiler, Deutschnationale und die in der Wirtschaftspartei zusammengefaßten anderen Mittelstandsvereinigungen zu einer Liste bereit gefunden. Aber dieser Topf ist auf dem Kochen der politischen Parteien nur von mittelmäßiger Bedeutung.

Hollands gewaltigste Kundgebung

M. Amsterdam, 18. September. (Eig. Funk.) Zu der großen Kundgebung, die die niederländische Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbund am Sonnabend und Sonntag im Haag für den Völkerfrieden und den Achtstundentag veranstalten, treffen am Sonntag morgen 25 Sonderzüge aus ganz Holland ein. Am Sonnabend nachmittag findet ein Abrüstungskonzert im Haag statt, an dem 900 Vertreter teilnehmen. Daran schließt sich ein Bezirksfest der Arbeiterjugend mit einem Aufzug von 3000 Jugendlichen. Bei der Veranstaltung am Sonntag nachmittag singen 2500 Arbeitersänger, worauf Polak, Albarda und andere Ansprachen halten werden. 45 Musikkapellen sind für den Umzug durch den Haag vorgesehen, der die größte bisherige Kundgebung in Holland werden wird.

Die Fremdenfeindlichkeit in China

P. Paris, 18. September. (Eig. Funkspr.) Aus Tokio wird gemeldet, daß bei einem Essen, das der britische Botschafter in Tokio zu Ehren des schwedischen Thronfolgers in der englischen Botschaft gab, auf den Sohn des Botschafters ein Attentat verübt wurde. Ein chinesischer Student, der auf unerklärliche Weise in die Botschaft eingedrungen war, warf einen langen Dolch auf den Sohn des englischen Botschafters. Dieser wurde durch einen Zufall nicht verletzt. Der Täter entkam. Die japanische Presse weist darauf hin, daß es sich um einen Chinesen, nicht um einen Japaner handele, und daß das Attentat die Folge der Fremdenfeindlichkeit in China, besonders Engländern gegenüber, sei.

Gewerkschaft

Eisengiganten formen Gewinn
Und fressen die Kraft der dienenden Hände.
Höllenglut und werkender Sinn
Nehmen sehnendes Leben hin,
Und schaffen den Wert — und die Dividende.

Wer wägt unsrer Arbeit ringende Pein?
Wir heben das Gold aus dem glühenden Schacht
Und wollen nicht ewig entrechtet sein,
Kämpft jeder allein, bricht das Elend herein,
Vereint nur tragen wir zwingende Macht.

Was waren wir einst als Geschöpfe der Fron?
Wir schafften in Elend und Schrecken.
Der Preis unsrer Mühe — bitterster Hohn,
Und jagte man uns von Arbeit und Lohn,
Dann konnten wir bettelnd verrecken.

Was sind wir heut? Eine geltende Kraft.
Ihr Herren, heut heißt es verhandeln;
Und wenn ihr mehr noch, als gut ist, erraft —
Wir haben noch nicht zu Ende geschafft,
Es muß sich manches noch wandeln.

Wer dienen muß und schwankt und schweigt,
Ist wider uns im Bunde.
Die Einheit hat den Weg gezeigt.
Das Morgen ist uns zugeneigt
Und unser die kommende Stunde.

kd.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260918/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG